



Niederschrift

45. Plenarsitzung des Gemeinderates
20. Dezember 2022, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

16.

Punkt 13 der Tagesordnung: Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Karlsruhe über die Erhebung einer Vergnügungssteuer (Vergnügungssteuersatzung)
Vorlage: 2022/2094

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt von der Vorbemerkung Kenntnis und beschließt – nach Vorberatung im Hauptausschuss – die als Anlage 1 beigefügte „Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Karlsruhe über die Erhebung einer Vergnügungssteuer (Vergnügungssteuersatzung)“.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitliche Zustimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 13 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss am 6. Dezember 2022.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Ich habe ja eben bei dem Punkt vorher schon gesagt, dass wir es für falsch halten, dass wir, wenn wir eigentlich sparen müssen und wenn wir eigentlich sparen wollen, unseren Haushalt konsolidieren, indem wir die Steuern erhöhen, und an der Stelle ist es ja genau das Gleiche. Gut, jetzt ist es so, dass das eben Leute trifft, wo man sagen kann, ja, ist vielleicht unmoralisch, dass sie da ihr Geld in Spielautomaten stecken und dann können die dann auch mehr Steuer bezahlen, so könnte man es sehen. Also, wir als AfD-Fraktion sehen es anders. Es trifft wahrscheinlich zum großen Teil Leute, denen es insgesamt auch finanziell nicht gutgeht, und die werden an der Stelle dann auch noch mal zur Kasse gebeten. Natürlich können jetzt die anderen Fraktionen dagegen argumentieren, aber man muss ja der Realität auch ins Auge sehen. Wenn Sie das anders sehen, können Sie es ja gleich sagen. Jedenfalls sind wir der Meinung, dass hier an der falschen Stelle Steuern eingetrieben werden. Wir sind der Meinung, es muss gespart werden. Sparen bedeutet nicht, Steuern und Abgaben zu erhöhen und deswegen sind wir hier dagegen.

Der Vorsitzende: Also, jetzt kümmern wir uns auch noch um die verarmten Spielhallenbesitzer.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Ja, Sie nehmen mir das Wort aus dem Mund. Das sind sicherlich keine armen Leute, die wir da treffen, und hier geht es ausschließlich darum, zu gucken, dass wir nicht eine erdrosselnde Wirkung mit unserer Steuer haben. Nur dadurch ist die begrenzt und die juristische Bewertung war, dass das so, wie wir es jetzt erhöhen wollen, nicht erdrosselnd ist, und deshalb wollen wir diesem Vorschlag gerne zustimmen.

Der Vorsitzende: Damit kommen wir zur Abstimmung, und zwar ab jetzt. Entschuldigung, Frau Stadträtin Böringer, ich habe Sie nicht gesehen.

Stadträtin Böringer: Ich mache es ganz kurz. Ich will aber trotzdem noch zwei Sätze dazu sagen. Etwas Positives hat die Vorlage, denn wir begrüßen ausdrücklich die Herstellung der Rechtssicherheit, das war ja ein Punkt. Grundsätzlich wäre die Steuer eine Art, die ja nur bezahlt wird von demjenigen, der das Vergnügen in Anspruch nimmt. Also man könnte also folgern, wer vergnügen will, der soll es eben auch bezahlen. Das wird ja letztlich dann auch umgelegt. Bis hierhin können wir also auch mitgehen. Dass aber letztlich die Bürgerinnen und Bürger bereits 22 Prozent ihres Vergnügens an die Stadt zahlen im Endeffekt, reicht aus. Auch wenn wir eine Gemeinsamkeit mit der Stadt Ulm ganz nett fänden, lehnen wir die Vorlage ab.

Der Vorsitzende: Damit kommen wir zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Zustimmung.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
9. Januar 2023